

E 7800/1/23

*Le Ministre de Suisse à Londres, W. Thurnheer,  
au Chef du Département de l'Economie publique, W. Stampfli*

L

London, 12. Mai 1943

Ich beehre mich, Ihnen zu bestätigen, dass ich bestrebt war, auf Grund Ihrer verschiedenen Telegramme und Ihres ausführlichen Berichtes vom 12. April<sup>1</sup> eine übereilte britische Reaktion betreffend die deutsch-schweizerischen Verhandlungen nach Möglichkeit zu verhindern. Ich hatte vorerst eine Besprechung mit Mr. Foot vom Kriegswirtschaftsamt geplant und hernach auch eine beim Aussenminister Eden. Zufolge politischer Ereignisse<sup>2</sup> sah ich dann vorerst Sir Alexander Cadogan im Auswärtigen Amte und später am gleichen Tage Mr. Foot.

Von Sir Alexander erfuhr ich zum ersten Mal, dass die britische und amerikanische Note betreffend unsere Verhandlungen schon in Bern liege und nur im Hinblick auf meine Verwendungen vorläufig zurückgehalten sei. Angesichts dieser Auskunft war mir in erster Linie darum zu tun, die Übergabe der Noten bis zu meiner Besprechung mit Mr. Eden zu verschieben und teilte zur Beruhigung Sir Alexander auch mit, dass unsere Delegation in Berlin noch nichts Positives erzielt habe und über Ostern in Bern sei (siehe Beilage 1)<sup>3</sup>.

---

1. *Non reproduit* (E 7110 1967/32/821/Grossbritannien).

2. *Après la découverte par les soldats de la Wehrmacht des fosses communes de Katyn (cf. Nos 348 et 350), le Gouvernement polonais en exil à Londres a réfuté la version soviétique qui attribuait aux Allemands le massacre des officiers polonais. Le 26 avril, l'Union soviétique a rompu les relations diplomatiques avec le Gouvernement polonais en exil.*

3. Memorandum betreffend Besprechung mit Sir Alexander Cadogan, du 23 avril (*non reproduit*).

12 MAI 1943

1131

Für die Verhandlungen mit Mr. Foot<sup>4</sup> habe ich mich mit zwei Memo<sup>5</sup> gewappnet über den Kompensationsverkehr und das Copra Geschäft. Gleich zu Anfang liess mich Mr. Foot nicht im Zweifel darüber, dass man sowohl im Kriegswirtschaftsministerium in London als auch in der Parallelinstitution in Washington über unsere Verhandlungen mit Deutschland sehr verstimmt sei. Ich habe Mr. Foot, der im allgemeinen eher ruhig und vorsichtig überlegt ist, noch nie so ungehalten über unsere wirtschaftliche Stellungnahme gegenüber Deutschland gesehen. Er hat aus den Ansichten seines Ministeriums keinen Hehl gemacht. Angesichts dieser Situation war zu befürchten, dass sein Ministerium zusammen mit andern die Aufhebung der bisherigen Verzögerung in der Überreichung der Noten vielleicht auch gegen die Opposition des Auswärtigen Amtes zustande bringen könnte, bevor ich Mr. Eden gesehen. Ich ersuchte daher Mr. Foot dringend von diesem Schritte, den er tatsächlich geplant, abzuhalten und erhielt von ihm am folgenden Morgen eine zustimmende Antwort. Auch hatte ich den Eindruck, dass meine Begründung für Haferlieferung der Armee nicht ganz auf taube Ohren fiel. Betreffend den Verlauf unserer Besprechung verweise ich Sie auf die beiliegende Notiz vom 29. April (siehe Beilage 2)<sup>6</sup>.

Was meine Besprechung mit Minister Eden<sup>7</sup> anbelangt, war mir von vorneherein klar, dass lange wirtschaftliche Ausführungen den mit so vielen anderen Fragen beschäftigten Mann nicht genügend interessieren könnten. Die Werkzeuge, die mir für die Besprechung zur Verfügung standen, waren wenige. Ich hatte mir den Kopf zerbrochen nach neuen zutreffenden Begründungen politischer Natur unseres Vertrages mit Deutschland, Begründungen, die gleichzeitig auch gewisse britische Interessen an der Erfüllung des Vertrages demonstrieren würden. Ich hoffe, es sei mir dies bis zu einem gewissen Grade gelungen durch Hervorheben der Bedeutung unserer Armee im internationalen Aspekt und deren Abhängigkeit von den deutschen Lieferungen für die notwendigen Befestigungen und Bewaffnungen. Jedenfalls hat mir Mr. Eden trotz Geltendmachung verschiedener ernstester Bedenken versprochen, die schweizerische Angelegenheit nochmals zur Prüfung zu bringen. Ich erwarte den Bescheid im Laufe dieser Woche.

Gestatten Sie, Herr Bundesrat, dass ich mich noch ganz kurz allgemein zur Art der bisherigen Verhandlungsweise mit Deutschland und Grossbritannien äussere. Wir haben nach dem Zusammenbruch Frankreichs und unter dem Einfluss der deutschen Siege und des deutschen Druckes den Vertrag vom 18. Juni 1941<sup>8</sup> abgeschlossen. Vor Abschluss dieses Vertrages hatte Grossbritannien uns deutlich wissen lassen, dass man im Falle von Konzessionen an Deutschland auch gleichzeitig die Erwirkung von analogen Konzessionen für die Alliierten erwarte. Wir haben in der Folge Deutschland sehr grosse Konzessionen gemacht, aber der Ausgleich zugunsten der Alliierten ist ausgeblieben.

---

4. *Cf. annexe I au présent document.*

5. *Non reproduit.*

6. *Cf. note 4 ci-dessus.*

7. *Cf. annexe II au présent document.*

8. *Daté en réalité du 18 juillet. Cf. N° 82.*

Man konnte unsere Handlungsweise erklären als Folge der deutschen Forderungen und der damals da und dort in der Schweiz herrschenden Meinung, dass der Krieg rasch zugunsten Deutschlands entschieden sein werde<sup>9</sup>; man konnte damals namentlich bezüglich des letzteren Punktes in guten Treuen verschiedener Ansicht sein. Jedenfalls blieb aber die englische Gegenreaktion nicht aus und es ist uns in der Folge trotz langen, zähen und gewandten Bemühungen nicht gelungen, in dieser Stellung, der sich nachträglich auch die Vereinigten Staaten anschlossen, eine wesentliche Änderung zu bewirken.

Heute stehen wir inmitten neuer Verhandlungen mit Deutschland<sup>10</sup>. Diesmal ist aber die politische Situation eine ganz andere. Statt dem siegbewussten Deutschland haben wir es mit einem Lande zu tun, das bereits von allen Seiten umringt ist und das sich Rechenschaft geben muss, dass es dem Endkampf über kurz oder länger entgegengeht. Die Schweiz darf heute nicht mehr einen Vertrag mit Deutschland eingehen, der auch nur annähernd dem Ausmass des alten entspricht. Kriegs- und Maschinenlieferungen müssen stark herabgesetzt werden und vor allem Bestimmungen mit politischem Charakter wie Artikel 2 und 3<sup>11</sup> verschwinden. Wenn wir dies nicht tun, werden wir unsere Handlung, die sich nicht einmal genügend mit wirtschaftlichen Gründen weiterhin verantworten lässt, unmittelbar zu spüren bekommen. Wir müssen uns aber auch der Wirkungen für die Nachkriegszeit und den Frieden bewusst sein. Diese würden sich in wichtigen Gebieten des wiederbefreiten Europas, im ganzen Britischen Reich, Amerika, Russland und China bemerkbar machen. Diese Gebiete sind politisch und wirtschaftlich auf die Dauer für die Schweiz wichtiger wie das zukünftige Deutschland und Italien.

Aus diesen Überlegungen heraus bin ich der Ansicht, dass wir namentlich die Art des Vorgehens zu ändern suchen müssen, indem die Engländer offensichtlich nicht mehr gewillt sind, vor das «fait accompli» weitgehender Abmachungen unsererseits mit der Gegenseite gestellt zu werden, die wir jeweils nachträglich zu erklären suchen. Es handelt sich hierbei um eine natürliche Reaktion, der wir uns namentlich bei den starken alliierten Beiträgen an unsere Landesversorgung nicht verschliessen dürfen. Wie Sie aus den Beilagen ersehen werden, habe ich in dieser Richtung persönlich und für Sie unverbindlich, bei Mr. Foot wie im Auswärtigen Amt sondiert, und der Gedanke einer etwas einlässlicheren Orientierung der Engländer über unsere Verhandlungsabsichten mit Deutschland wurde sogleich als konstruktives Element begrüsst. Wie ich Ihnen telegraphisch berichtete, hat die ernste englische Reaktion auf das kürzliche Liquidationsabkommen sowie auf die angekündigten neuen Verhandlungen, den Sinn einer klaren englischen Warnung, dass die Eingehung neuer weitgehender Verpflichtungen gegenüber Deutschland z. B. auf dem Finanzgebiet, sowie ganz besonders die Weiterführung beträchtlicher Kriegsmateriallieferungen nicht mehr hingenommen würde, sondern weitgehende Konsequenzen zur Folge haben dürfte.

---

9. *W. Stampfli a souligné la phrase depuis herrschenden Meinung et a écrit dans la marge: falsch.*

10. *Cf. N° 351.*

11. *Cf. K I.947. Cf. aussi ci-dessus N° 82.*

12 MAI 1943

1133

## ANNEXE I

E 7800/1/23

*Notice du Ministre de Suisse à Londres, W. Thurnheer*

Besprechung bei Mr. Dingle Foot, Donnerstag, den 29. April 1943

Nachdem mich Sir Alexander Cadogan im Auftrage von Mr. Eden hat kommen lassen (siehe einschlägige Notiz)<sup>12</sup>, hatte ich gleichen Tages eine weitere Besprechung mit Mr. Dingle Foot.

1. Ich überreichte dabei Mr. Foot unser Memorandum über Kompensationsgeschäft<sup>13</sup>, unter Hinweis auf die in dieser Sache erzielten konkreten Fortschritte und unsere einschlägigen ständigen Bemühungen. Mr. Foot nahm vom Inhalte des Memorandums Kenntnis. Er erklärte mir hierbei, dass das alliierte Interesse am Kompensationsprogramm unsererseits nicht überschätzt werden dürfe, insbesondere nicht im derzeitigen fortgeschrittenen Zeitpunkt. In der Tat sei das Kompensationsgeschäft angesichts des enormen Ausmasses unserer Achsenexporte, die natürlich weitgehend für die englische Beurteilung der wirtschaftlichen Stellung der Schweiz massgebend seien, von geringem praktischen Interesse. Was eine allfällige Freigabe von Hafer betreffe, so müsse er ferner auf die mit der Delegation getroffene Abrede verweisen, wonach die Geleitscheine infolge der erforderlichen Fabrikationsdauer jeweils einen Vorsprung von rund Fr. 200 000.– aufweisen sollten. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, könne z. Zt. kaum ein schweizerischer Kompensationsanspruch für eine grössere Haferpartie bestehen. Immerhin werde er die Angelegenheit noch mit Prof. Riefler besprechen, der in den nächsten Tagen aus Washington zurückerwartet werde. In seiner Meinung könnte eine Haferfreigabe wohl nur unter dem Gesichtspunkte eines dringenden Armeebedürfnisses erfolgen, indem vom blossen Kompensationsstandpunkte die erforderliche Basis kaum vorhanden sei. Ich erklärte Mr. Foot, dass mir eine solche Abrede mit der Delegation nicht bekannt sei. Ferner betonte ich nochmals, dass das Kompensationsgeschäft doch in erster Linie vom grundsätzlichen Standpunkte betrachtet werden müssen, indem uns trotz völliger Umklammerung durch die Achse die Erwirkung wesentlicher, und sicherlich für die Alliierten weiterhin interessanter Lieferungen gelungen sei. Mr. Foot anerkennt denn auch gerne unsere diesbezüglichen Bemühungen, weniger aber deren Bedeutung für Grossbritannien im heutigen Zeitpunkt, weil eine Reihe von seinerzeit wertvollen Waren nunmehr in Grossbritannien selbst fabriziert wird. Wären wir seinerzeit helfend beigesprungen mit den dringend verlangten wenigen Sendungen – schon das Quantum eines einzigen Flugzeuges –, so wäre eine solche Geste hoch eingeschätzt worden.

2. Mr. Foot führte aus, er müsse mir in aller Offenheit folgendes sagen: was man englischerseits empfinde sei, dass wir kaum je von uns aus etwas positives zu einer grundsätzlichen und wirkamen Reduktion unserer Achsenexporte getan hätten. Im Gegenteil, diese Exporte würden erst noch durch staatliche Bevorschussung gefördert, und dies trotzdem wir bereits vor Jahresfrist des genauesten über den englischen generellen Reduktionswunsch orientiert worden seien. Auch würde England eine blosser Gruppenreduktion nicht genügen, sondern es müssten nun auf den bekannten heiklen Positionen spezifische Reduktionen erfolgen; es sei den massgebenden britischen Behörden einfach nicht verständlich, dass die Schweiz bei der heutigen Weltkatastrophe, wo alle Völker viel aufgeben müssten, in so ausgesprochener Weise vorwiegend auf ihre Exportinteressen bedacht sei, indem sicherlich andere Wege zur Beschäftigung unserer Bevölkerung offenstehen würden. Ich erwiderte hierauf, unter Anführung unserer früheren Exporte an die Alliierten zu Kriegsbeginn, sowie unserer laufenden Bemühungen zur Durchführung wesentlicher Exporte trotz der völligen Umklammerung durch die Achse.

3. Zum *Kohleabkommen*<sup>14</sup> bemerkt Mr. Foot, dass nach seinen Informationen die Transfer-

12. Cf. note 3 ci-dessus. Cf. aussi E 7110/1976/34/60.

13. Avec le Reich. Daté du 29 avril (non reproduit).

14. Cf. E 2001 (D) 3/350.

garantie offenbar unabhängig vom effektiven Eintreffen der Kohlenlieferungen sowie der Rückstände, wieder in Kraft gesetzt worden sei. Damit sei zu befürchten, dass eine Erschöpfung des Transferkredites erfolge, ohne entsprechende Erfüllung der deutschen Kohlenlieferung. Er müsse mir gestehen, dass diese vom praktischen Gesichtspunkt offenbar bedingungslose Preisgabe der Kreditrestanz besonders schlecht aufgenommen worden sei. Im weitem habe er erfahren, dass offenbar für die Zukunft ein separater Kohlekredit beabsichtigt sei, was schliesslich auf eine erhöhte Bezahlung der Kohle herauskomme. Ich verwies diesbezüglich auf den Gegenseitigkeitscharakter des kürzlichen Liquidationsabkommens, sowie auf unsere wirksame Reaktion im Januar bei den damaligen deutschen Rückständen.

4. Mr. Foot kommt hierauf auf unsern *Handel mit Japan*<sup>15</sup> zu sprechen, der seines Erachtens für uns kaum von ausschlaggebender Wichtigkeit sein könne, indem hiezu weder ein äusserer Zwang noch die Notwendigkeit zur Kompensation lebenswichtiger Importe vorliege. Ich verwies diesbezüglich auf den traditionellen Charakter unseres angestammten Handels mit Japan, namentlich auf die für uns wichtigen Seidenimporte und Chemieexporte etc., sowie schliesslich auf unsere Handelsrechte als neutrales Land. Mr. Foot bemerkte im weitem, dass die Aufrechterhaltung unseres Handels im Vorkriegsumfange schlechterdings nicht mehr möglich sei.

5. Zur *Verhandlungslage* unterstreiche ich unsere schon bei Sir Alexander Cadogan dargelegte äusserst schwierige Lage, namentlich die Abhängigkeit von Verhandlungen mit beiden Seiten. Angesichts dieser gewaltigen Schwierigkeiten sowie des Umstandes, dass wir uns heute gewissermassen in einer unlösbaren Situation inmitten der beidseitigen Reaktionen befinden, gebe ich in absolut unverbindlicher Weise meiner persönlichen Meinung Ausdruck, dass sich möglicherweise eine intensivere laufende Fühlungnahme als von Nutzen erweisen könnte, dies um zu vermeiden, dass man nach Abschluss mit einer Seite gegen eine Mauer auf der andern renne. Mr. Foot antwortet, dass dies in seiner persönlichen Meinung unbedingt einen positiven Faktor darstellen würde, der die allgemeine Situation erleichtern könnte. Er machte jedoch sofort geltend, dass für das Ministry of Economic Warfare nunmehr vor allem einmal der Nachweis erforderlich sei, dass wir endlich in ernsthafter Weise eine wirksame sofortige Reduktion unserer Achsenexporte vornehmen. Ein solcher konkreter Beweis unseres Reduktionswillens würde die Situation wesentlich günstiger gestalten, vorausgesetzt dass eine solche in den Waffen- und Munitionslieferungen erfolge. Ich bemerkte daraufhin, dass selbstverständlich ein derartiges Sondierungsverfahren nicht möglich wäre, wenn man auf britischer Seite nur Reduktionen verlange ohne uns etwas im Austausch zu gehen. In Mr. Foot's persönlicher und unverbindlicher Meinung könnte ein derartiges Vorgehen eventuell die Frage einer Freigabe von Baumwolle sowie Futtermittel günstig beeinflussen, ein Vorschlag, den er früher einmal in Erwägung gezogen hätte.

## ANNEXE II

E 7800/1/23

*Memorandum du Ministre de Suisse à Londres, W. Thurnheer*

### BESPRECHUNG MIT MR. EDEN<sup>16</sup> BETREFFEND DEN SCHWEIZERISCH-DEUTSCHEN VERTRAG

London, 5. Mai 1943

Der Schweiz wird heute der Vorwurf gemacht, sie gehe in ihren Lieferungen nach Deutschland zu weit. Es ist klar, dass jeder kriegführende Staat Lieferungen eines neutralen Staates an seinen

15. Cf. N° 374, note 7.

16. *Le 12 mai, en transmettant copie de son rapport à W. Stampfli, reproduit ci-dessus, à M. Pilet-Golaz, le Ministre Thurnheer écrit: Sie werden bei dessen Durchsicht bemerken, dass*

Feind ungerne sieht, dies besonders auch dann, wenn er selbst für sich keine entsprechenden Kompensationen von Seiten des neutralen Staates bekommt. Dies ist heute mit der Schweiz der Fall, sie liefert mehr nach Deutschland wie nach den alliierten Ländern. Vom politischen Standpunkt aus ist es aber von grossem Interesse zu wissen, ob diese Lieferungen von dem betreffenden neutralen Staate systematisch, aus eigenem Willen und eigenem Wunsche in einem derartigen Missverhältnis erfolgen. Hier möchte ich gleich von vorneherein feststellen, dass die Voraussetzung, was die Schweiz anbelange, nicht zutrifft.

Zum Beweis hiefür muss ich in die Zeit zu Beginn des Krieges zurückgreifen. Gleich von Ausbruch des Krieges an hat die Schweiz unverhältnismässig mehr den Alliierten wie der Achse geliefert<sup>17</sup>. In den ersten sechs Monaten betragen die Totalexporte an die Achse 114 Millionen, an die Alliierten aber 302 Millionen. Davon waren Exporte wichtiger Kriegsmaterialien und Werkzeugmaschinen aus der Schweiz nach den alliierten Ländern 265 Millionen Franken, nach den Achsenmächten nur 8 Millionen Franken. Damit ist der klare Beweis erbracht, dass die Schweiz die alliierten Lieferungswünsche aus eigenem Willen weitmöglichst zu befriedigen suchte.

Eine Änderung in dieser Situation trat erst dann ein, als Deutschland in relativ kurzer Zeit einen europäischen Staat nach dem andern überwältigte und endlich auch Frankreich zusammenbrach. Von da an war die Schweiz in ihren Lieferungen nicht mehr frei, da die Deutschen die Kontrolle über die Zu- und Abfahrtswege hatten. Die Schweiz war somit plötzlich vor eine vollständig veränderte politische, militärische und wirtschaftliche Lage gestellt. Sie versuchte die politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit zu bewahren, dies war aber zum Teil nur auf Kosten wirtschaftlicher Konzessionen möglich, die wir in solch ernstesten und schwierigen Zeiten natürlich als die wenig wertvollsten betrachteten.

Die Folge dieser Überlegungen und des starken Druckes der siegreichen deutschen Grossmacht war der deutsch-schweizerische Wirtschaftsvertrag<sup>18</sup>. Durch ihn sicherten wir soweit möglich die

---

wohl meine Ausführung, die ich gegenüber Minister Eden machte, im Bericht an Herrn Stampfli enthalten sind, nicht aber die Äusserungen Edens mir gegenüber. Diese sind streng vertraulicher Natur. Ich übermittle sie Ihnen anbei. Eine Kopie des Briefes geht an Herrn Bundesrat Stampfli und ich möchte Sie bitten zu veranlassen, dass neben den Bundesräten auch die Mitglieder der Wirtschaftsdelegation nach England und Deutschland sowie Herr Minister Bonna hiervon vertraulich Kenntnis erhalten. *Pilet-Golaz a noté dans la marge: inutile de communiquer. J'ai lu la notice au C[onseil] F[édéral] le 25.5.43. (E 2300 London/37-38). Voici le texte de la notice transmise par Thurnheer à Pilet-Golaz, datée du 5 mai, et intitulée* Bemerkungen Minister Edens's anlässlich meiner Besprechung: Mr. Eden versichert mich, dass er nach wie vor für unser Land und dessen Haltung alles Verständnis und grosse Sympathie habe. Meine Ausführungen hätten ihn zum Entschluss veranlasst, unsere Sache nochmals erneut zu prüfen. Ich müsse mir aber bewusst sein, dass er nicht allein entscheiden könne, dass andere Ministerien daran interessiert seien. Das Hauptinteresse der Alliierten gehe dahin, den unseligen Krieg, der so viele Menschenleben koste, sobald wie möglich zu Ende zu führen. Jeder Tag mehr bedeute mehr Tote. Ein baldiges Kriegsende sei übrigens auch in unserem eigenen Interesse gelegen, denn auch für uns werde bei einer Verlängerung des Krieges die Lage keineswegs leichter. Wir sollten daher versuchen, die Kriegslieferungen und deren Finanzierung einzustellen oder stark abzuschwächen. Es sei uns dies ja in letzter Zeit gelungen, weshalb wir nicht an diesem Zustande festgehalten hätten? Wir lassen uns offenbar vom deutschen Druck zu stark beeinflussen. Man wisse in London über die deutsche militärische Macht und die wirtschaftliche Lage gut Bescheid. Wir hätten eine gute Armee und ein gut zu verteidigendes Terrain, Deutschland werde sich in seinem heutigen Zustand wohl hüten, sich einen neuen Gegner auf den Hals zu jagen. Wirtschaftlich aber sei die Lage in Deutschland so, dass sich Berlin zweifellos bei energischer Opposition von unserer Seite noch so gerne mit andern Dingen, die nicht direkt mit dem Kriege zu tun haben, zufrieden geben werde.

17. Cf. E 7110/1976/134/60.

18. Cf. DDS, vol. 13, N° 363.

für uns wirtschaftlich notwendige Zu- und Ausfuhr nach den Alliierten. Der Vertrag steht nicht auf einer 50/50 Basis, weder für die Schweiz noch für die Alliierten. Wenn man aber die damaligen Machtverhältnisse zwischen der Schweiz und Deutschland in Betracht zieht, kann man den Vertrag verstehen. Der Vertrag hat uns viel gekostet, aber er hat u.a. zwei wichtige Folgen gehabt: die Schweiz blieb politisch unabhängig und sie konnte demgemäss ihre wichtigen internationalen Aufgaben als neutraler Staat fortsetzen, Aufgaben, die weniger ihr selbst als vielmehr den kriegführenden Staaten zu Nutzen kamen. Daneben war eine sehr wichtige Folge dieses Vertrages, dass ein unabhängiger demokratischer Staat umgeben von Diktatorstaaten inmitten Europas bestehen blieb, und dass dort die demokratische Gedankenwelt einen zentral gelegenen freien Boden behielt. Dies war zweifellos von grosser politischer Bedeutung; von Nutzen, aber auch von Gefahr für die Schweiz, rein nur von Nutzen aber für alle übrigen demokratischen Staaten. Darüber hinaus resultierte aus diesem Vertrage für die Schweiz die Möglichkeit, genügend und unbedingt notwendige Rohprodukte zu erhalten für die sofortige Rekonstruktion der schweizerischen Befestigungen und Bewaffnungen, die in Anpassung an die neue Lage absolut notwendig war. Diese neuen Festungen sind nunmehr, dank dieses Vertrages, zu einem grossen Teil beendet, doch brauchen wir auch heute noch für diese Zwecke viel Rohmaterial.

Die Schweiz hat sich durch die militärischen Ereignisse in Europa nicht überraschen lassen. Sie hat 1934 die gesamte Armee reorganisiert<sup>19</sup>. Die Reorganisation war bei Ausbruch des Krieges durchgeführt, die Befestigungen fertiggestellt und die Armee entsprechend trainiert<sup>20</sup>. Diese weitgreifenden sehr kostspieligen Veränderungen vor dem Kriege waren zweifellos einer der Hauptgründe, weshalb die Alliierten bis zum Kriegseintritt Italiens ihre Stellungen im Süden gesichert fanden. Die bewaffnete Neutralität der Schweiz hat somit seinerzeit den Alliierten einen wichtigen Dienst erwiesen. Nach Frankreichs Zusammenbruch ergriffen wir wie vorgeschildert sofort die nötigen Massnahmen, um der neuen Situation zu begegnen, sodass die Schweiz auch heute wiederum, wenn auch in einer ganz andern Weise, den Alliierten von militärischem Nutzen ist. Ihre Armee deckt die wichtigsten Alpenübergänge. Es wäre zweifellos für Deutschland und Italien in der Vergangenheit, heute und in der Zukunft sehr wertvoll, über die best organisierten Alpenrouten zu verfügen. Dies ist aber dank der strikten bewaffneten Wahrung der Neutralität der Schweiz verhindert worden. Der Verkehr für Waffen, Munition oder Truppen durch die Schweiz ist verboten. Diese Politik der Schweiz, die sie in erster Linie ihrer Tradition gemäss und in ihrem eigenen Interesse zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit einnimmt, ist zweifelsohne auch für die Alliierten von grossem Nutzen. Wer weiss, ob die Schweiz nicht ohne Errichtung der gewaltigen neuen Festungen und Neubewaffnungen gestützt auf Rohmaterialien, die sie infolge des an sich sehr ungünstigen Vertrages mit Deutschland erlangte, heute eine so feste Position haben würde? Dies sind einige der politischen Gründe, die meiner Ansicht nach die alliierten Regierungen davon abhalten sollten, gegenüber der Schweiz wegen unserem alten Vertrag mit Deutschland und dessen Erfüllung, auch wenn er ihnen in manchen Beziehungen aus wohlverständlichen Gründen nicht genehm ist, neben den bestehenden neue Massnahmen zu ergreifen.

Dass wir des Ferneren, solange wir von den Achsenmächten umringt sind, auf einen gewissen wirtschaftlichen Verkehr mit diesen Staaten angewiesen sind, dürfte jedermann verständlich sein.

Nach dreimonatlichem vertragslosen Zustand in Abwehr gegen allzugrosse deutsche Ansprüche sind wir in Verhandlung wegen eines neuen Vertrages getreten. Die politische Lage hat sich zugunsten der Alliierten in der Zwischenzeit wesentlich geändert. Die Schweiz aber ist heute noch in einer ähnlichen Lage wie vorher, sie ist noch weiterhin von den Achsenmächten umgeben. Wir sind bestrebt, die Wege nach den Alliierten frei zu halten und auszudehnen, wir sind bestrebt, und in letzter Zeit mit Erfolg, den Handel mit den Alliierten auf Grund des Kompensationsabkommens zu erhöhen.

In den Verhandlungen versuchen wir ernstlich eine Reduktion der bisherigen Lieferungen an

19. Cf. notamment l'Arrêté fédéral visant à parfaire l'armement et l'équipement de l'armée, adopté le 21 décembre 1933 par l'Assemblée fédérale (RO, 1933, vol. 49, pp. 1011-1012).

20. W. Stampfli a inscrit un point d'interrogation dans la marge.

14 MAI 1943

1137

Deutschland in den Kriegsmaterialpositionen zu erreichen. Wir haben die britische Regierung entsprechend informiert, wir kämpfen in diesen Verhandlungen natürlich in erster Linie für unseren eigenen Bedarf, aber auch für vermehrten Export nach den alliierten und den neutralen Staaten. Die Verhandlungen sind noch in keiner Weise auch nur dem Abschluss nahe; mein Bestreben geht dahin, Bern die Bedeutung der Reduktion der dem MEW<sup>21</sup> unerwünschten Lieferungen klar zu machen, irgendetwas Positives bezüglich des Abschlusses des neuen Vertrages liegt noch gar nicht vor und so gebe ich denn der Hoffnung Ausdruck, dass die Alliierten vor Bekanntwerden positiver Momente vor weiteren Einschränkungen unserer Wirtschaft Umgang nehmen.

Die Schweiz hat in den kritischen Jahren 1940/42 unter äusserst schweren Bedingungen, denen vielleicht der eine oder andere Staat zum Opfer gefallen wäre, die politische, militärische, geistige Unabhängigkeit vollkommen behalten. Wenn sie wirtschaftlich vielleicht in den Augen der einen Kriegspartei zugunsten der andern etwas zu weit ging, so sollte man beim Abwägen des für und wider nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die drei obgenannten politischen, militärischen und moralischen Tatsachen in ihrem richtigen Gewicht in die Wage legen. Dann wird die Balance zum mindesten ausgeglichen.

Abschliessend resümiere ich unsere Wünsche wie folgt:

1. Gestattung der normalen Abwicklung des alten deutsch-schweizerischen Vertrages;
2. Keine Ergreifung britischer Massnahmen wegen des neuen Vertrages, solange diesbezüglich nichts Positives bekannt ist;
3. Sofortige Gestattung desjenigen Minimalverkehrs, der uns unter allen Umständen gewährt würde, dies um ein Brachliegen der Schifffahrt, Verderben der Waren, etc. zu vermeiden.

---

21. *Ministry of Economic Warfare.*